

1 **Demokratisierung und Rekommunalisierung: Vier Schritte zur Ausrichtung der**
2 **kommunalen Unternehmen auf die Interessen von Einwohner*innen und Beschäftigten**

3 **Antragssteller*innen:** Konstantin Gräfe, Roland Gehrmann, Isabelle Vandre, Norbert
4 Müller, Marlen Block, Tina Lange, Daniel Sittler, Steffen Lehnert,
5 Stefan Bornost, Jürgen Engert

6 Die Gesamtmitgliederversammlung möge beschließen:

7 Anfang der Neunziger Jahre setzte sich die Idee durch, dass Kommunen möglichst kostensparend
8 agieren und sich auf ihr „Kerngeschäft“ konzentrieren sollten. Der Ideologie des Neoliberalismus
9 folgend sollten Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr gemeinschaftlich
10 organisiert, sondern Marktmechanismen unterworfen, in Wert gesetzt und mit dem Ziel privater
11 Gewinnaneignung ausgebeutet werden.

12 Diesem Ziel anhängend begannen die damaligen Verantwortlichen eine massive
13 Privatisierungswelle. Das sogenannte Tafelsilber, also kommunale Wohnungsbestände,
14 Stadtwerke, Wasser- und Energienetze, Verkehrsbetriebe und Müllentsorgungen wurden an
15 private Investoren verschertelt oder an große Aktiengesellschaften vergeben.

16 Putz-, Koch- und Sicherheitskräfte wurden entlassen und an ihrer Stelle private Firmen beauftragt.
17 Auch in Potsdam setzte die Politik lange Zeit auf Privatisierungen. So halten aktuell noch E.DIS 35
18 % der Anteile an der Energie und Wasser Potsdam GmbH und Remondis 49 % der Anteile an der
19 STEP. Diese privaten Anteilseigner sind nicht an der Sicherstellung einer guten und
20 kostengünstigen öffentlichen Daseinsvorsorge interessiert, sondern schlicht an Rendite. Gute
21 Arbeitsbedingungen sind dabei nachrangig. Hohes Aufsehen erregte der gescheiterte Verkauf der
22 Wasserver- und Abwasserentsorgung an Eurawasser, für dessen Spätfolgen die Potsdamer*innen
23 heute immer noch mit den teuersten Abwassergebühren bundesweit bezahlen.

24 Darüber hinaus spielte in Potsdam vor allem die Organisationsprivatisierung, also die Überführung
25 der städtischen Betriebe in private Rechtsformen eine große Rolle. Fast alle kommunalen
26 Unternehmen in Potsdam sind heutzutage in privater Rechtsform als Gesellschaften mit
27 beschränkter Haftung (GmbH) organisiert. Dies hat massive negative Auswirkungen auf die
28 demokratische Kontrolle und Steuerungsfähigkeit der Unternehmen. So tagen die Aufsichtsräte
29 der Unternehmen nichtöffentlich und Aufsichtsratsmitglieder sind unter Strafandrohung zur
30 Verschwiegenheit verpflichtet. Im Konflikt zwischen öffentlicher Daseinsvorsorge und dem
31 Wohlergehen des Unternehmens sind sie als gewählte Abgeordnete dann dennoch gesetzlich auf
32 das Unternehmenswohl festgelegt. Ein Akteneinsichtsrecht für normale Stadtverordnete und
33 Bürger*innen besteht nicht. Allein das macht eine demokratische Kontrolle des
34 Geschäftsgebarens der städtischen Unternehmen durch die Potsdamer Öffentlichkeit nahezu
35 unmöglich. Wie schwierig der Zugriff selbst auf kommunale Unternehmen ist, zeigt der seit Jahren
36 andauernde Konflikt um den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes im städtischen Krankenhaus
37 Ernst-von-Bergmann.

38

39 Als Potsdamer LINKE fordern wir deshalb die Erhöhung der Transparenz und
40 Kontrollmöglichkeiten sowie die Verpflichtung der kommunalen Unternehmen auf die politischen
41 Zielvorstellungen der Stadt. Dies umfasst ihre soziale Verantwortung gegenüber den
42 Bürger*innen, ihre zentrale Rolle als Garanten der öffentlichen Daseinsvorsorge, ihre

43 Vorbildfunktion hinsichtlich guter Arbeitsbedingungen und ihre Verantwortung für eine
44 nachhaltige und klimafreundliche Unternehmenspolitik.

45 DIE LINKE Potsdam strebt die vollständige Rekommunalisierung und Demokratisierung der
46 städtischen Unternehmen in vier Schritten an:

47 **1. Rückkauf von stadtfremden Beteiligungen.**

48 Um ausschließlich den Interessen der Stadt und ihrer Einwohner*innen zu dienen, müssen private
49 Beteiligungen an den städtischen Betrieben beendet werden. Daher setzen wir uns für einen
50 vollständigen Rückkauf der Anteile an der EWP und der STEP ein. Sollten die bisherigen
51 Anteilseigner nicht gewillt sein, ihre Anteile zu günstigen Konditionen an die Stadt zu verkaufen,
52 sind Enteignungen nach Artikel 14 und 15 GG zu prüfen.

53 **2. Auslagerung städtischer Dienstleistungen an Dritte beenden.**

54 Dienstleistungen der kommunalen Daseinsvorsorge sollen grundsätzlich durch städtische
55 Betriebe besorgt werden. Nur so sind umfassende Qualitätssicherung und gute
56 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu gewährleisten. Wir wollen daher die Auftragsvergabe an
57 Dritte, wie sie beispielsweise beim Busverkehr gang und gäbe ist, beenden.

58 **3. Transparenz durch Entflechtung.**

59 Die städtischen Unternehmen sind aktuell in einem undurchsichtigen Netz von
60 Tochtergesellschaften organisiert. Wir wollen volle Transparenz bei den städtischen Betrieben
61 schaffen und daher die zahlreichen Tochterfirmen zu starken und einheitlichen Betrieben nach
62 den zentralen Bereichen Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit und Pflege,
63 Wirtschaftsförderung, Kultur, Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung zusammenführen. Zudem
64 wollen wir weiterhin einen Eigenbetrieb Kita schaffen, um die weitere Entwicklung und den
65 Ausbau der Kindertagesbetreuung in öffentlicher Hand besser steuern zu können.

66 **4. Demokratisierte Eigenbetriebe statt privatwirtschaftlicher GmbHn.**

67 Die städtischen Betriebe sollen vorrangig dem Ziel der Gewährleistung öffentlicher
68 Daseinsvorsorge zu günstigen Preisen sowie den allgemeinen städtischen Entwicklungszielen
69 dienen. Eine private Rechtsform, welche die Betriebe vorrangig auf Gewinnerzielung orientiert, ist
70 kontraproduktiv. Wir streben die Überführung der Betriebe in städtische Eigenbetriebe mit starker
71 demokratischer Kontrolle an. Dabei wollen wir Einfluss und die Mitwirkungsmöglichkeiten der
72 Stadtverordneten, der Nutzer*innen und der Beschäftigten stärken.

73

74 Wir fordern die Linksfraktion in der Stadtverordnetenversammlung dazu auf, in Zusammenarbeit
75 mit dem Kreisvorstand und weiteren Interessierten entsprechende Anträge auszuarbeiten und in
76 die rot-rot-grüne Kooperation sowie die SVV einzubringen.